

INTERNATIONALE AKTIONSWOCHEN FÜR VERMÖGENSSTEUERN

DREI GEWERKSCHAFTEN AUS ÖSTERREICH, DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ APPELLIERTEN IM NOVEMBER 2012 IN EINER LÄNDERÜBERGREIFENDEN AKTIONSWOCHEN FÜR EINEN KURSWECHSEL IN EUROPA UND EINEN BEITRAG DER VERMÖGENDEN ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG.

Europa befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise. Immer sichtbarer werden die tiefgreifenden sozialen Folgen der falschen politischen Reaktionen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa. Seit 2007 sind die Arbeitslosenzahlen in der EU um die Hälfte gestiegen. Fast 26 Millionen Menschen sind heute EU-weit ohne Arbeit. Das entspricht einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von fast 12%. In mehreren EU-Ländern ist fast jedeR Vierte ohne Job, und die Jugendarbeitslosigkeit beträgt mehr als 50%.

Die Lage spitzt sich zu. Seit nunmehr fast 5 Jahren befindet sich Europa in der

Über eine gerechtere Besteuerung von Vermögenswerten und Umverteilung. Die Gewerkschaften setzen dabei vor allem auf Veranstaltungen in den Betrieben, um eine möglichst hohe Anzahl von KollegInnen zu erreichen. Alleine in Österreich wurden über 100 Veranstaltungen durchgeführt: Von Betriebsversammlungen über Verteilaktionen bis zu Diskussionsveranstaltungen.

Die Gewerkschaften appellieren in Europa für einen raschen Kurswechsel. Derzeit arbeitet die Troika an einer Verschärfung der Situation. So hat die Europäische Zentralbank (EZB) im August 2012 ihre Forderung an die Krisenländer formuliert:

zu den dringend nötigen öffentlichen Investitionen leisten.

Tatsächlich befindet sich die Euro-Zone heuer wieder in der Rezession, die Wirtschaftsleistung schrumpft. Und genau jene Länder, die am stärksten sparen, sind von der Krise am härtesten betroffen. Das Beispiel Griechenland zeigt, wie man eine Wirtschaft am besten kaputt spart: Die Wirtschaftsleistung ist mittlerweile um über 20% eingebrochen, die Arbeitslosigkeit explodiert. Damit wird das Erreichen der Sparvorgaben immer unrealistischer und unmöglich.

ver.di, GPA-djp und unia plädieren deshalb für (höhere) Vermögenssteuern, für eine Finanztransaktionssteuer, für eine stärkere Beteiligung von Spitzeneinkommen, für eine stärkere tatsächliche Besteuerung von Kapital und Unternehmensgewinnen sowie die entschiedener Bekämpfung von Steuerflucht.

Im Vorfeld der Krise wurde auf den deregulierten Finanzmärkten unter Eingehen erheblicher Risiken spekuliert. Davon profitiert haben die Vermögenden: Die privaten Finanzvermögen der Superreichen sind enorm gestiegen. Nach dem Zusammenbruch haben die SteuerzahlerInnen die Zeche beglichen, denn alle EU-Länder haben die strauchelnden Geldinstitute

In mehreren EU-Ländern ist fast jedeR Vierte ohne Job, und die Jugendarbeitslosigkeit beträgt mehr als 50%.

Krise. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Trotzdem wird in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten in hohem Maß am Kurs einer als alternativlos hingestellten Spar- und Kürzungspolitik festgehalten. Damit wird die Abwärtsspirale immer stärker beschleunigt.

Anfang November haben drei Gewerkschaften; GPA-djp aus Österreich, ver.di aus Deutschland und der unia aus der Schweiz eine Aktionswoche unter dem Motto „Geld ist genug da, Zeit für Steuergerechtigkeit“ durchgeführt. Denn der zunehmenden öffentlichen Verarmung und Verschuldung steht ein zunehmender und trotz Krise schnell wachsender, hoch konzentrierter Reichtum gegenüber. Der staatlichen Verschuldung von zehn Billionen Euro in Europa stehen private Geldvermögen in Höhe von 27 Billionen Euro gegenüber. Die Reichen haben die Krise nicht gespürt, sondern ihre Vermögen noch gesteigert.

Gemeinsam ist den drei Gewerkschaften, dass sie in den jüngsten Sparpaketen die Auslöser für die wiedergekehrte Rezession sehen. In einer gemeinsamen Aktionswoche wurde versucht zu zeigen, wie das Wirtschaftswachstum ohne soziale Einschnitte wieder angekurbelt werden kann:

„Deutliche Lohnsenkungen, die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Abschaffung von Lohnindexierungen, also automatischer Lohn-Preis-Gleitklauseln, und die Senkung von Mindestlöhnen“. Wir werden also zurzeit Zeugen eines umfassenden Angriffs auf das Lohnniveau, auf die Lohnfindungssysteme und auf den Sozialstaat in weiten Teilen Europas.

Die Sparpolitik hat in den Krisenländern zu einem dramatischen Einbruch der Wirt-

schaftsleistung geführt, der einen Schuldenabbau verunmöglicht. Wer Schulden abbauen und nachhaltig in Wachstum investieren will, muss auf die Einnahmen blicken. In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben Europas Regierungen Banken mit Steuergeld gerettet und damit die Vermögen der Reichen und Superreichen gesichert. Aus privaten Spekulationsverlusten sind öffentliche Schulden geworden. Deshalb ist es höchste Zeit, dass diejenigen, die von den staatlichen Rettungsschirmen profitiert haben, ihren Beitrag zum Schuldenabbau und

durch staatliche Stützungsmaßnahmen und Garantieübernahmen, wie beispielsweise die unbegrenzte Einlagensicherung, aufgefangen.

2007/2008 brachen die Finanzmärkte zusammen. Auslöser waren die geplatzte Immobilienblase in den USA sowie extrem spekulative Geschäfte ohne Eigenkapitalunterlegung rund um den Globus. Banken, Pensionsfonds und Versicherungen saßen nun auf wertlosen „Schrottpapieren“ und gerieten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Um die Finanzmärkte und die Wirt-

Wer Schulden abbauen und nachhaltig in Wachstum investieren will, muss auf die Einnahmen blicken.

schaft vor einem Komplettzusammenbruch zu bewahren verschuldeten sich die Staaten und schossen den Geldinstituten Steuergeld zu.

2009 griff die Krise dann auf die reale Wirtschaft über. Die Auftragseingänge brachen ein, die Wirtschaftsleistung ging zurück, die Arbeitslosigkeit stieg an. Für den Staat bedeutete das weiter steigende Ausgaben durch Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen durch weniger Beschäftigung und geringere Einkommen. Die Staaten dämpften den Wirtschaftseinbruch zunächst mit Konjunkturpaketen – das kostete erneut (Steuer)Geld.

Seit 2010 hören wir nun seitens der Politik, dass gespart werden muss, um die

1.000 Milliarden Euro. Das entspricht etwa dem dreifachen Bruttoinlandsprodukt. Die Vermögen sind in Österreich noch viel ungleicher verteilt als die Einkommen.

Die reichsten 5% der ÖsterreicherInnen besitzen fast die Hälfte des Gesamtvermögens (45%).

Das reichste Zehntel besitzt etwa 60% des gesamten Vermögens, 61% des Immobilienvermögens und beinahe 100% der Unternehmensbeteiligungen.

Demgegenüber besitzt der Großteil der Bevölkerung nur geringe Vermögenswerte. Die Hälfte der Haushalte besitzt nicht mehr als 50.000,-- Euro an Sachvermögen. Nur 10% verfügen über ein Sachvermögen von mehr als 500.000,-- Euro.

Denn das ÖGB-Modell zur Vermögenssteuer sieht einen Freibetrag von 700.000,- Euro auf Haushaltsebene vor und belastet damit den sogenannten „Mittelstand“ nicht. Über 90% der Bevölkerung wären von der Steuer nicht betroffen, dan 90% der ÖsterreicherInnen ein Vermögen von weniger als 542.000,-- Euro haben.¹

Im Zusammenhang mit der Aktionswoche wurde auch die Meinung der Bevölkerung in den 3 Ländern erhoben. Ergebnis: Die Mehrheit der Menschen unterstützen Vermögens- und Erbschaftssteuern für die Reichen.

In Österreich gaben 91% der Befragten an, sie sind nicht der Meinung, dass die Lasten der Sparpakete zwischen Reichen und NormalverdienerInnen gerecht verteilt sind. 86% finden es richtig, wenn die Vermögen der MillionärInnen stärker besteuert werden.

Dasselbe Bild zeigte sich auch bei den betrieblichen Veranstaltungen. Sobald der Freibetrag von 700.000,-- EUR kommuniziert wurde, stieß die Forderung nach der Vermögenssteuer auf sehr positive Resonanz.

In Europa kippt die Stimmung. Der bisherige Umgang mit der Krise zeigt immer deutlicher, dass das angewandte Modell scheitert. Kaputtsparen macht die Gesellschaft ärmer und gefährdet das Projekt „EU“. Die Mehrheit der Menschen will einen Beitrag der Reichen und Superreichen. Die Eliten versuchen das in vielen Ländern

Ver.di, GPA-djp und unia plädieren deshalb für (höhere) Vermögenssteuern, für eine Finanztransaktionssteuer, für eine stärkere Beteiligung von Spitzeneinkommen, für eine stärkere tatsächliche Besteuerung von Kapital und Unternehmensgewinnen sowie die entschiedener Bekämpfung von Steuerflucht.

Schulden wieder zu reduzieren. Die Mitgliedsstaaten der EU haben Schuldenbremsen beschlossen, welche die Neuverschuldung gesetzlich drastisch einschränken. Der Fiskalpakt schreibt unabhängig von der Konjunktursituation auf Jahre hinweg Sparpakete fest. Gleichzeitig herrscht in der EU nach wie vor ein Steuersenkungswettbewerb bei Unternehmenssteuern. Das löst eine fatale Dynamik aus. Wie sollen die Staaten ihre Budgets sanieren, wenn sie sich bei den Unternehmenssteuern gegenseitig das Wasser abgraben?

Jetzt kommen durch europaweite Sparpakete die ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Arbeitslosen für die Krisenkosten auf. Die enorm gestiegene öffentliche Verschuldung ist kein Ergebnis eines überbordenden Sozialstaates, sondern das direkte Resultat der Finanz- und Wirtschaftss-

In puncto Finanzvermögen ist die Lage ähnlich: Drei Viertel der Haushalte haben ein Finanzvermögen von weniger als 50.000,-- Euro, nur 1,3% besitzen mehr als 100.000,-- Euro.

Da Österreich bei der Besteuerung von Vermögen im internationalen Vergleich zu den absoluten Schlusslichtern zählt, hat die hohe Vermögenskonzentration eine beson-

Wie sollen die Staaten ihre Budgets sanieren, wenn sie sich bei den Unternehmenssteuern gegenseitig das Wasser abgraben?

dere Brisanz. Würden Vermögen so hoch besteuert wie im OECD-Durchschnitt, würde der Fiskus zusätzliche Einnahmen von 3,7 Mrd. Euro lukrieren. Vermögensbezogene Steuern machen in Österreich

noch zu ignorieren. Die Gewerkschaften werden weiter daran arbeiten, dass man dieses Anliegen nicht mehr ignorieren kann.

David Mum, GPA-djp

Kaputtsparen macht die Gesellschaft ärmer und gefährdet das Projekt „EU“. Die Mehrheit der Menschen will einen Beitrag der Reichen und Superreichen.

krise. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise wurde in Österreich die öffentliche Verschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP) sogar gesenkt. Die Neuverschuldung stieg erst ab 2008 stark an. Alleine die Bankenpakete kosteten uns bisher rund 5 Mrd. Euro an Steuergeld.

Ungleiche Vermögensverteilung. Das gesamte Nettovermögen der privaten Haushalte in Österreich beläuft sich auf rund

derzeit nur rund 1,3% des Gesamtsteueraufkommens und nur rund 0,5% des BIP aus. Die Unternehmenssteuern sinken seit 1980 ständig.

Die Aktionswoche der 3 Gewerkschaften wollte daher die Botschaft, dass es höchste Zeit für eine Besteuerung wirklich großer Vermögen ist, propagieren. Und dies ist auch auf positive Resonanz gestoßen. Die Behauptung, dass diese Besteuerung auch Häuslbauer treffen würde, zieht nicht mehr.

¹) Quelle: OeNB-Geldvermögenserhebung 2004.